Bankenaufsicht

Viel Neuland

Das Bankgeschäft befindet sich in einen fortwährenden Umbruch, der in den vergangenen Jahren um einiges an Fahrt aufgenommen hat. Wer daran noch zweifelt, muss sich nur einmal die Organisationsstruktur der BaFin etwas genauer anschauen. Aus den neben dem Präsidenten aktiven ehemals drei Exekutivdirektoren sind mittlerweile derer fünf geworden. Die klassischen „Geschäftsfelder" Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht wurden Stück für Stück ergänzt um die ehemals im SoFFin angesiedelte Abwicklung, um die Prävention von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung – hier kann aktuell die Deutsche Bank ein Lied von singen, sowie den Verbraucherschutz und die Abteilung Integrität des Finanzsystems. All der Wandel und Ausbau folgt dem Grundauftrag der Behörde, der da lautet: „Oberstes Ziel der BaFin als integrierte Aufsichtsbehörde für den Finanzmarkt Deutschland ist es, die Funktionsfähigkeit, Stabilität und Integrität des deutschen Finanzplatzes zu sichern."

Im laufenden Jahr gibt es zwei wesentliche Aufsichts-Schwerpunkte – Brexit und Digitalisierung. Beim Abschied Großbritanniens von der EU muss man sich nicht nur als Bankenaufseher mittlerweile mehr und mehr auf den Worst Case einstellen. Für die BaFin gilt es hierbei auf der operativen Ebene, einen Umzug von Instituten nach Deutschland möglichst pragmatisch anzugehen. Dabei gibt es viel Neuland zu bedenken und zu betreten: „Der Brexit stellt uns vor Herausforderungen, die nicht nach Handbuch abgearbeitet werden könnten. Ein solches Handbuch gibt es für einen Vorgang wie den Brexit auch gar nicht. Dialog- und lösungsorientiert und flexibel zu sein, ohne dabei aufsichtliche Geschenke zu machen – diesen schmalen Grat galt und gilt es zu finden", so BaFin-Präsident Felix Hufeld. Dass mehr als 45 Finanzinstitute ihre Präsenz in Deutschland neu etablieren oder signifikant stärken wollen, will er „bei aller Bescheidenheit" auch als Vertrauensbeweis in die Arbeit der BaFin verstanden wissen. Daneben gilt es Clearing und Vertragskontinuität nach einem Ausstieg der Briten sicherzustellen. Beides scheint laut Hufeld gelungen zu ein: Durch den kurz vor Weihnachten erlassenen Durchführungsbeschluss der EU-Kommission werden die britischen Vorgaben als den EU-Regelungen entsprechend angesehen und Zentrale Kontrahenten – mit Genehmigung der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde ESMA – für ein Jahr zeitlich begrenzt in gewohntem Umfang in der Europäischen Union aktiv werden können. Mit Blick auf die Vertragskontinuität entwickelt die Bafin laut Hufeld auf nationaler Ebene eine Fallback-Lösung, die es erlauben würde, zeitlich bis Ende 2020 begrenzt Zulassungen in dem Umfang zu erteilen, wie dies notwendig ist, um die Finanzmärkte funktionsfähig zu halten beziehungsweise um Nachteile für inländische Versicherungsnehmer zu vermeiden.

Nicht minder herausfordernd wie der Brexit ist für den BaFin-Präsidenten der Umgang mit Unternehmen, die keine klassischen Banken und Versicherer sind, die aber zunehmend ins Finanzgeschäft vordringen. Hufeld rechnet damit, dass sich dieser Trend weiter beschleunigen wird, wobei mehr und mehr auch Bigtechs wie Google, Amazon & Co., die nicht der unmittelbaren BaFin-Aufsicht unterliegen, auf den Plan treten. Auch wenn eine Aufsicht dieser Unternehmen als Ganzes nicht möglich ist, will Hufeld, der geübten Praxis bei Industrieunternehmen folgend, diejenigen Geschäftssparten und spezifischen Verhaltensweisen besonders in Augenschein nehmen, die für das Marktgeschehen relevant sind.

Für die BaFin heißt all das, dass sie sich schon wieder und ständig weiterentwickeln muss. Aber wie heißt es so schön: Stillstand ist Rückschritt, offensichtlich auch in der Finanzaufsicht.

Private Banken

Wir brauchen mehr Europa?

„Wir brauchen mehr Europa." Mit dieser Forderung geht der Bundesverband deutscher Banken den Worten seines Hauptgeschäftsführers Christian Ossig zufolge in das Jahr der so wichtigen Wahlen zum neuen Europäischen Parlament. Wichtig, denn auf dieses neue Parlament warten enorme Aufgaben, es muss so vieles anpacken und nie zuvor war die Gefahr so groß, dass populistische und nationalistische Strömungen und die Zersplitterung durch Randparteien eine konstruktive Zusammenarbeit schwer bis unmöglich machen. Mehr Euro-

pa heißt für Ossig in erster Linie bessere, weil einheitlichere EU-Rahmenbedingungen für die Banken, sprich die Vervollständigung des EU-Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen. Denn dieser ist für den gelernten Investmentbanker immer noch ein „Flickenteppich", er stellt fest, dass die Finanzierung der Wirtschaft und der Vertrieb von Finanzprodukten für Privatkunden immer noch in erster Linie eine nationale Angelegenheit sind und an den Grenzen haltmachen. Das gehe, so Ossig, zulasten der Unternehmen und Verbraucher in allen Ländern der EU. Und weiter noch: Wenn die Bedingungen für grenzüberschreitende Bankdienstleistungen nicht erleichtert würden, könne man nicht von einer Erfolgsgeschichte sprechen.

Klar ist: Rein volkswirtschaftlich betrachtet haben die Verantwortlichen des BdB mit ihren Überlegungen natürlich recht, denn grenzüberschreitender Austausch ist langfristig stets wohlstandsfördernd. Protektionismus und Abschottung haben dagegen selten zu den berühmten „blühenden Landschaften" geführt. Aber natürlich stecken dann in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten auch Gefahren, wenn nämlich die etwas zurückgebliebenen Nationen von den fortgeschrittenen profitieren und Nach- wie Vorteile am liebsten verallgemeinern wollen. Die Diskussionen um die europäische Einlagensicherung zeigen das ebenso wie der anhaltende Widerstand der BaFin gegen einen umfassenden Transfer von Einlagen eines deutschen Tochterunternehmens in das ausländisch beheimatete Konzerntreasury, was die Fundingkosten natürlich reduzieren und damit die Ertragsspanne anheben würde, was aber eben auch zu einer weiteren Verunsicherung der Verbraucher führen könnte, wenn deren Einlagen plötzlich in Spanien oder Italien verloren gingen. Hier muss sehr genau überlegt und geprüft werden, welche weiteren Zugeständnisse man mit Blick auf ein einheitlicheres Europa macht.

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen der Vergangenheit, dass sich gerade deutsche Banken nicht immer mit Ruhm und Geld bekleckert haben, wenn sie ihre Produkte in anderen Ländern mit anderen Gepflogenheiten angeboten haben. Weder die europäischen Wahlverwandschaften einer Commerzbank noch die europaweite Retailinitiative der Deutschen Bank war von Erfolg gekrönt. Ob der vielfach geäußerte Wunsch nach starken nationalen Banken daher unbedingt mit verstärkten grenzüberschreitenden Tätigkeiten erreicht werden kann, ist also zumindest fraglich.

Mehr Europa ist wichtig. Dieses Mehr Europa sollte aber nicht in neuen Regelungen und neuen Einschränkungen liegen, sondern vielmehr in einem vernünftigen Nebeneinander von notwendiger Harmonisierung und dem Erhalt erfolgreicher nationaler Gepflogenheiten. Das Beste aus beiden Welten, dann würde der Unmut vieler mit dem derzeit etwas zu dominanten Europa sicherlich auch wieder abnehmen.

Weltwirtschaft

Vertragt euch, Kinder!

Kriege im Nahen Osten, politische Unruhen wie der Shutdown in den USA, einige immer noch ungelöste Handelskonflikte und vor allem ein drohender ungeregelter Brexit – die Welt hat (zu) viele Baustellen, die sich natürlich auch auf die Wirtschaftsentwicklung auswirken. Besonders aufgrund der zwei letztgenannten Risiken hat der Internationale Währungsfonds (IWF) seine Wachstumsprognose nach unten korrigiert. 2019 werde die weltweite Wirtschaftsleistung nur noch um 3,5 Prozent steigen, heißt es im aktuellen Weltwirtschaftsbericht, 0,2 Prozentpunkte weniger also als noch im Oktober prognostiziert. Für 2020 sieht der IWF nun ein weltweites Wachstum von 3,6 Prozent voraus, 0,1 Punkte weniger als noch vor drei Monaten. Auch bezogen auf einzelne Länder blieb die Organisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Washington nicht bei der bisher gestellten Prognose für die nächsten zwei Jahre.

Obwohl Deutschland beispielsweise von den oben genannten Baustellen nur indirekt betroffen ist, erwarten die Experten trotzdem nur noch 1,3 statt 1,9 Prozent Wachstum für das laufende Jahr. Für 2020 werden, unverändert zu den Oktober-Prognosen, immerhin 1,6 Prozent erwartet. Produktionsschwierigkeiten in der Autoindustrie und eine geringere Nachfrage aufgrund der Diskussion um Dieselfahrverbote werden als Hauptgründe für das sinkende Wirtschaftswachstum genannt. Hinzu kommt die Ungewissheit um den Ausgang des Brexits und eine Haushaltsschieflage in Italien, die die Konjunktur in Europa gefährden könnten. Für die Vereinigten Staaten hingegen

werden für 2019 weiter 2,5 Prozent Wirtschaftswachstum prognostiziert, während es 2020 nur noch 1,8 Prozent sein sollen. Zu den Gefahren für die Konjunktur der größten Volkswirtschaft der Welt zählt der IWF den Handelsstreit mit China und einen länger anhaltenden und noch immer nicht abschließend geregelten Haushaltsstreit, durch den Hunderttausende Staatsbedienstete seit dem Shutdown ab 22. Dezember 2018 mehrere Wochen lang kein Geld erhielten. Für die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft China sagt der IWF sowohl für dieses als auch für kommendes Jahr ein Plus von 6,2 Prozent voraus, 2010 lag es noch bei 10,6 Prozent. Die Experten befürchten sogar, Chinas Wachstumsverlangsamung könnte aufgrund der Handelsspannungen noch stärker ausfallen als erwartet.

IWF-Chefin Christine Lagarde, die den Bericht bei der Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos vorstellte, mahnt zur internationalen Zusammenarbeit: „Die hauptsächliche politische Priorität für alle Staaten ist nun, ihre Handelsstreitigkeiten und die daraus resultierende politische Unsicherheit gemeinsam und schnell zu lösen, statt schädliche Barrieren hochzuziehen und eine sich bereits abschwächende Weltwirtschaft weiter zu destabilisieren." Sie klingt dabei zwar ein wenig so, als mahnt eine Mutter ihre Kinder, sich im Restaurant zu benehmen und nichts kaputt zu machen. Jedoch ist diese Vorstellung von der Realität nicht so weit entfernt. Mit jeder weiteren Streitigkeit und den daraus folgenden Konsequenzen demolieren die Kinder weiter das Restaurant in dem sie sitzen – oder destabilisieren die Staaten die Weltwirtschaft weiter. Und der Spielraum der Länder für Gegenmaßnahmen im Falle eines deutlichen weltweiten Abschwungs sei geringer als vor der Finanzkrise 2008, gibt der IWF zu bedenken.

Aktienkultur

Plädoyer für die Zwangsbeglückung

Um einige der Kernergebnisse der jüngsten Studie der Börse Stuttgart und des Deutschen Aktieninstitutes (DAI) hinsichtlich des Verhältnisses der deutschen Bevölkerung zu Aktien zu erkunden, hätte es rückblickend der Fortschreibung der Ergebnisse aus dem Jahre 2015 kaum bedurft. Ernüchternde Erkenntniss: Die Grundeinstellung der Bürger zu Aktien und deren Stellenwert für volkswirtschaftlich so wichtige Dinge wie Vermögensbildung, Altersvorsorge und Unternehmensfinanzierung hat sich auch in den drei weiteren Jahren der Niedrigstzinsen nicht wirklich gewandelt. So haben von den erfassten Nichtaktienbesitzern auch Ende 2018 nur 12 Prozent in den vergangenen Jahren den Erwerb von Aktien oder Aktienfonds überhaupt in Betracht gezogen und lediglich 14 Prozent haben bekundet, in der aktuellen Niedrigzinsphase ein erhöhtes Interesse an Aktien oder Aktienfonds entwickelt zu haben.

Besonders enttäuschend ist der jüngsten Umfrage zufolge die Wirksamkeit von Aufklärungskampagnen zum Aktiensparen, obwohl es solche allem Eindruck nach reichlich gegeben hat und immer wieder gibt. Nur 29 Prozent der Nichtaktienbesitzer wissen demnach um den Renditevorteil der langfristigen Aktienanlage, den nicht nur das einschlägige Renditedreieck des DAI eindeutig vermittelt, sondern auch die Anlageberater aus Banken und anderen Vertriebsorganisationen permanent predigen. Auch um die Möglichkeit einer Aktienanlage in kleineren Beträgen in Sparplänen von beispielsweise monatlich 25 Euro, wie sie viele Onlineanbieter, aber auch viele Berater seit einigen Jahren dezidiert betonen, wissen nur klägliche 19 Prozent der Nichtaktienbesitzer. Dass diese beiden zuletzt genannten Quoten bei den Aktienbesitzern mit 71 beziehungsweise 63 Prozent merklich höher sind, bleibt auf die Masse der Bürger betrachtet wenig tröstlich, weil nach wie vor nur 16 Prozent zu den Aktienbesitzern zählen.

Eine erfreuliche Erkenntnis für die Banken mit Filial- oder zumindest Beratungskonzept bleibt immerhin der vergleichsweise große Anteil von 54 Prozent der Aktienbesitzer, die den ersten Kauf einer Aktie über einen Bankberater tätigten. Bei den Aktienbesitzern unter 40 Jahren liegt dieser Anteil sogar noch 4 Prozentpunkte höher. Dass Aktien und Aktienfonds ein zweckmäßiges Mittel zur Geldanlage und Vermögensbildung sind, haben der Studie zufolge drei Viertel der Aktienbesitzer und 34 Prozent der Nichtaktienbesitzer verinnerlicht. Die Eignung für die Altersvorsorge indes nennen nur spärliche 55 Prozent der Aktienbesitzer und 20 Prozent der Nichtaktienbesitzer. Mit diesem bescheidenen Stellenwert der Aktien für die Altersvorsorge können die Verantwortlichen für

den Finanzvertrieb nicht ansatzweise zufrieden sein. Aber die Studie macht nur begrenzte Hoffnung, dies allein durch Vertriebspolitik und Aufklärungsarbeit der Finanzdienstleister ändern zu können. Flankierend gefordert werden vielmehr aktienfreundliche Aktivitäten der Politik, angefangen bei einer Verbesserung der ökonomischen Allgemeinbildung über den Abbau der steuerlichen Diskriminierung der Aktienanlage, die Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung und den Abbau von Hürden in der Anlageberatung bis hin zur konkreten Förderung des Vermögensaufbaus mit Wertpapier- und Aktienanlagen.

Eine solche Interpretation und Gewichtung der Studienergebnisse und der darauf gründenden Anregungen an die Politik ist insofern nicht überraschend, als beide Initiatoren an einer staatlichen Förderung der Aktienkultur ein lebhaftes Eigeninteresse haben. Gleichwohl sollte die Politik sich mit diesem Thema ernsthaft beschäftigen. Denn ein tragfähiges Zukunftskonzept für die Altersvorsorge ist in der Tat nicht zuletzt eine politische Angelegenheit, die unabhängig von aktuellen Regierungskonstellationen über längere Zeit Bestand haben und deshalb im Parteienspektrum von einem möglichst breiten Konsens getragen werden sollte.

Kreditwesen

Über den Bankprofessor Hans Egon Büschgen

In den gehobenen Etagen der bundesdeutschen Kreditwirtschaft hat es einmal eine Generation gegeben, die sich ausnehmend gut kannte: Sie hatte ihre akademische Titelei bei Hans Egon Büschgen in Köln erworben. Und darauf konnte und wollte sie stolz sein. Denn die Kölner Betriebswirtschaft und dabei vor allem die spezielle für Banken zog ob ihrer Qualität die Massen an, wie sonst kaum eine in der Republik. Solches aber bedeutete schlicht und alltäglich, dass man sich auf dem Kölner Campus – falls nicht eben als BWL-Genie geboren – aus der Menge herausquälen musste, um das Büschgen-Diplom der vorderen Ränge zu kriegen.

Dieser Ordinarius auf dem ehrwürdigen Lehrstuhl des Altmeisters Rittershausen ist alleweil höchst anspruchsvoll und durchaus von selbstbewusstem Ehrgeiz gewesen. Denn Rittershausens Ruhm hatte immerhin eine ganze Reihe kluger Potentaten in seinen Kreis gelockt, die ihm furchtbar gerne nachgefolgt wären. Und dass dann der Betriebswirt Hans Egon Büschgen gleich nach seiner Habilitation 1966 das Amt gewann – nicht ein Währungspolitiker für die Fortschreibung des Edelwerkes „Die Zentralnotenbank“, nicht ein Volkswirt zwecks Verbindung von Geld- und Bankpolitik – das hat lebenslangen Neid in der Herrenriege der namenhaften Bankprofessoren begründet. Büschgen konnte damit gut leben und zitierte gelegentlich die Freiburger Schule: Jeder Ordinarius der Wirtschaftswissenschaften habe das Recht, jeden anderen als kompletten Idioten zu bezeichnen …

Er verstand es zudem als gelernter Bankkaufmann und guter Diplomkaufmann, sich in der Kölner Fakultät ein feines Imperium zu bauen: Direktor des Seminars für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Bankbetriebslehre, Direktor des Instituts für Bankwirtschaft und Bankenrecht, Direktor des Forschungsinstituts für Leasing, dazu öffentliche Seminare und Vortragsreihen, alles mit Etats und personellen Ressourcen wohl etabliert. Dass unter seinen Assistenten alle großen Namen des NRW-Geldadels ansehnlich vertreten waren, es passte wie die Dekanatswürde 1984/1985.

Hans Egon Büschgen hat gut und vor allem viel geschrieben. Wer die Ehre hatte, seine Titel zu lektorieren, lernte schnell, in „Büsch-Einheiten“ zu rechnen: ein „Büsch“ hatte immer 1000 Manuskriptseiten. Das Bankwesen von der Allgemeinen BWL her zu definieren, war Büschgens Spezialität. Das passte exzellent zur Gründungsidee der Zeitschrift „bank und markt“ dieses Verlages. Denn Büschgen konnte auch für das Bankgeschäft in Marketingansätzen der allgemeinen Absatzwirtschaft denken, vor allem im so schnell wachsenden Privatkundengeschäft. Die Redaktion hat diesem ihrem Mitherausgeber über viele Jahre hindurch kluge Aufsätze und Orientierungen zu verdanken, der Knapp-Verleger feinste Fachliteratur. Und beinahe hätte er auch noch ein „letztes Werk“ (seine Aussage!) fertig bekommen – ein „Handbuch Investment Banking“.

Im Januar 2019 ist Hans Egon Büschgen im Alter von 86 Jahren gestorben. Redaktion und Verlag trauern um einen großen Mann – und guten Freund. K.O. / P.O.